

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Kahrhbruch, Düsseldorf, Moraststr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Veken, Krefeld, Luth. Kirchst. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 7

Düsseldorf, den 14. Februar 1931

Verlandorf Krefeld

An die Betriebsrätewahlen denken!

Der Zustand, daß in jedem Jahre die Betriebsvertretungen neu gewählt werden müssen, ist gewiß kein idealer. Denn einmal haben vielfach die Betriebsrätewahlen die Schärfe und die Säklichkeit politischer Wahlkämpfe angenommen, und zum anderen gehört, besonders in größeren Betrieben, mehr als ein Jahr dazu, um das Betriebsratsmitglied in sein Amt hineinzuwachsen zu lassen. Beides, der häßliche Wahlkampf und die zu knappe Zeit für den Betriebsrat, um sich voll auswirken zu können, sind für die Belegschaft und den kollegialen Geist in derselben nicht von Vorteil. Auf der anderen Seite aber bietet doch die Betriebsrätewahl auch immer wieder Gelegenheit, das Kräfteverhältnis gewerkschaftlicher Richtungen zu messen und zu prüfen, ob die Anhängerschaft willens und fähig ist, die Ideen gewerkschaftlichen Wollens mit allem Nachdruck und mit aller Liebe zu verbreiten und zu verteidigen, und schließlich auch entschlossen in die Tat umzusetzen. Um dieses Prüffeldes willen können wir die alljährlichen Wahlkämpfe auch begrüßen, und schließlich sind sie ja auch vorläufig eine unabänderliche Tatsache. Wir haben also die Pflicht, mit allen Mitteln für einen guten Ausgang der diesjährigen Betriebsrätewahlen zu sorgen. Alles kommt darauf an, sie gut vorzubereiten, denn schließlich ist dies das Geheimnis allen Erfolges: eine Sache mit aller Energie und mit dem unbeugsamen Willen zum Erfolg anzupacken. Das darf man aber nicht erst in letzter Minute tun, denn schließlich sind auch noch andere da, die dasselbe wollen. In unserem Falle heißt das: wir dürfen nicht erst mit den Vorbereitungen zur Betriebsrätewahl beginnen, wenn andere schon alles für ihre n Erfolg vorbereitet haben.

Die Zeit dafür ist gekommen. Denn noch im ersten Viertel dieses Jahres finden in den meisten Betrieben die Wahlen statt. Wenige Wochen sind es nur noch bis zu dem Zeitpunkt, an welchem das Wahlauschreiben zu den Vorbereitungen zu bringen ist. Dann ist es aber bereits höchste Zeit, okto zu den Wahlen Stellung zu nehmen. Die erste Frage wird immer die sein, wem schenken wir in diesem Jahre das Vertrauen für dieses verantwortungsvolle Amt. Die beste Lösung würde natürlich sein, wieder die gleichen Kollegen, die es schon im Vorjahre und vielleicht noch viel länger waren, wieder vorzuschlagen. Denn aus den eingangs erwähnten Gründen ist es nützlich und ratsam, bewährte Kräfte so lange wie möglich im Amte zu belassen. Aber keinesfalls gibt eine langjährige Zugehörigkeit zum Betriebsrat schon ohne weiteres das Recht zur Wiederaufstellung. Vielmehr muß vorurteilsfrei und rücksichtslos geprüft werden, ob sich die Kandidaten des Vorjahres auch einigermaßen bewährt haben. Eine gerechte, aber schonungslose Kritik — die sich auch jeder verständige Mensch gefallen lassen wird und muß: seine Pflichten und die Erwartungen, die man in ihn gesetzt hat, mit dem zu vergleichen, was er tatsächlich geleistet hat. Niemals darf ein Kandidat aus Bequemlichkeit oder Gleichgültigkeit auf seinem Posten belassen werden, wenn er bewiesen hat, daß er seine Aufgabe nicht erfüllen kann. Bei jedem Kandidaten muß vorher ernsthaft geprüft werden, ob er auch die Qualitäten und Fähigkeiten besitzt, die man billigerweise von einem Betriebsratsmitglied verlangen muß. Fast immer wird man bei der Prüfung dieser Frage darauf stoßen, daß die geeignetsten die Kandidaten sind, die auch die tüchtigsten Gewerkschaftler sind, die es auch mit ihren gewerkschaftlichen Pflichten ernst und genau nehmen und darüber hinaus noch durch eifrige Mitarbeit bekunden, daß sie es nicht nur dem Namen nach sind oder sein wollen, sondern mit voller Liebe und aus Überzeugung. Diese Menschen werden es zweifellos auch mit ihren Betriebsratspflichten ernst und genau nehmen, und man kann mit ihnen getrost und zuversichtlich den Wahlkampf erwarten.

Neben der rechtzeitigen Kandidatenauslese und der schonungslosen Selbstkritik gilt es auch jetzt mit der geeigneten Agitation zu beginnen. Nicht nur die Propaganda, die kurz vor dem Wahltag durch Verfammlungen und Flugblätter betrieben wird, bringt den Erfolg oder Mißerfolg, sondern die stille und zähe Agitation, die schon jetzt betrieben wird. In Gesprächen auf der Arbeitsstelle, auf dem Heimweg und so weiter, überall, wo es möglich ist, muß schon jetzt auf die Betriebsrätewahlen hingewiesen werden. Dabei ist dann immer zu unterstreichen, was unsere Kandidaten geleistet haben oder wie wir es gemacht hätten, wenn wir ausschlaggebend gewesen wären. In der Erkenntnis, daß es die anderen ja bestimmt auch nicht unterlassen, müssen die Fehler der anderen schonungslos gebrandmarkt werden und ihnen das Wollen unserer Leute gegenübergestellt werden. Es entspricht ja unserer christlichen Grundeinstellung, auch in diesen Fällen gerecht zu sein und zu bleiben, aber Zaghaftigkeit ist in dieser Beziehung von größtem Uebel. Denn wir müssen es immer wieder erleben, in welcher oftmals geschäftiger und gemeiner Weise unsere Kandidaten von den anderen mit an den Haaren herbeigezogenen Anwürfen in den Schmutz gezogen werden. Das Gebot der Selbsterhaltung zwingt uns, die Schläge zu parieren, und nicht nur das — schließlich ist der Angriff immer noch die wirksamste Verteidigung. Wir brauchen dazu keine Lügen und Verleumdungen, unser gewerkschaftliches Wollen und unser Streben für die Interessen der Arbeiterschaft sind uns dabei Waffen genug, aber wir

Aufruf

Zur Betriebsrätewahl 1931

Zu den Ende März, Anfang April im ganzen Reiche stattfindenden Neuwahlen der Betriebsvertretungen ruft der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften die christlich-nationale Arbeiterschaft zu besonders aktiver und rühriger Wahlarbeit auf!

Die Betriebsrätewahl ist eine Angelegenheit der Gewerkschaften. Die örtlichen Gliederungen der Verbände der christlichen Gewerkschaften und die Ortskartelle haben deshalb Sorge zu tragen, daß

Kein Betrieb ohne Betriebsvertretung

bleibt, daß in allen Betrieben

eigene Listen der christlich-nationalen Arbeiterschaft

aufgestellt werden. In den Fällen, in denen erstmalig eine Betriebsvertretung gebildet wird und der Arbeitgeber seiner Verpflichtung zur Bestellung des Wahlvorstandes nicht nachkommt, hat die Gewerkschaft Antrag auf die Bestellung des Wahlvorstandes an den Vorsitzenden des Arbeitsgerichtes zu stellen.

Nützt die Zeit der Wahlvorbereitung zu der so dringend notwendigen

Aufklärung der Unorganisierten.

Ihr Abseitsstehen oder Sondervorgehen schwächt die Wirkungsmöglichkeit der Betriebsvertretung, gefährdet die Rechte und schadet dem Ansehen der Arbeiterschaft.

Verhindert den Mißbrauch des Gesetzes zu parteipolitischen Zwecken!

Stärker als in früheren Jahren werden radikale politische Arbeitergruppen versuchen, die Betriebsräte und die Betriebsrätewahlen in den Dienst ihrer politischen Bestrebungen zu stellen. Dieser Mißbrauch und diese Entwertung der Betriebsräte sind entschieden abzulehnen. Die Betriebsräte sind keine parteipolitischen Instrumente, sondern

Soziale und wirtschaftliche Organe

der deutschen Arbeiterschaft, die dem erweiterten sozialen Schutz der Belegschaftsmitglieder und der Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber gemeinsamen Belange im Betriebe dienen. Jede parteipolitische Zielsetzung und Beeinflussung hindert eine gerechte und zweckvolle Handhabung der Mitbestimmungsrechte und schadet der Arbeiterschaft.

Die Betriebsräte sind ein Kiegel gegen die Willkür unsozialer Arbeitgeber und ein unentbehrliches Mittel zur Beseitigung von Gegensätzlichkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, somit ein Weg zu wirtschaftlicher und sozialer Befriedigung unseres Volkes und zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft.

Deshalb verzichtet die standesbewusste Arbeiterschaft nicht auf die Wahrnehmung ihrer Rechte und Erfüllung ihrer Pflichten, die das Betriebsrätegesetz brachte.

In schwerer Notzeit werden erhöhte Anforderungen an die opferfreudige Mitarbeit unserer Mitglieder gestellt. Die christlich-nationale Arbeiterschaft wird diesen Anforderungen gerecht werden.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

müssen sie mit frischem Mut und mit der einmal in unserer Zeit dazu gehörigen Portion geräuschvoller Propaganda anzuwenden wissen, wenn wir sie erfolgreich führen wollen. Benutzen wir die diesjährigen Betriebsratswahlen dazu, unsere Bewegung und unsere Ideen ein gutes Stück vorwärts zu tragen, aber versäumen wir den Zeitpunkt nicht, denn jetzt schon ist die Zeit dazu!

Schiedspruch für Krefeld

Der abgelaufene Gesamtlohnvertrag wird wieder in Kraft gesetzt mit folgenden Änderungen und Ergänzungen:

1. Die Zeitlöhne und Akkordrichtsätze, die tariflichen Akkordsätze der Einheitslohnliste für Dreher und Passierer, die Akkordgrundlöhne einschließlich Vergütungen der Etikettenweberei und die Akkordsätze und Akkordlöhne der Namenbandweberei ermäßigen sich um 6 Prozent. In der Namenbandweberei wird der Lohn für Vorrichten bei über 400 Faden auf je 3 Rollen auf 1 Stunde festgesetzt.
2. Die Branchenbestimmungen der Färbererei, Stoffappretur und Samtappretur erhalten folgenden Zusatz:
Wo Akkordarbeit möglich ist, kann dieselbe von der Betriebsleitung eingeführt werden.
Die Akkordstücklöhne (Einzel- und Gruppenakkorde) sind unter Mitwirkung der gesetzl. Betriebsvertretung festzusetzen. Bei Nichteinigung sind Vertreter der Vertragsparteien hinzuzuziehen.
Die Akkordsätze sind so zu bemessen, daß Arbeiter durchschnittl. Leistungsfähigkeit bei Akkordarbeit 10 Prozent über ihren Zeitlöhnen verdienen.
3. Der Zeitlohn für Zeugdrucker über 21 Jahre beträgt 85 Pfg. Der Lohn gemäß Position 7 bleibt auf 87 Pfg. bestehen.
Der Musterdrucker erhält sein Durchschnittsverdienst der vier letzten Akkordwochen. Die bisherige Einheitsakkordlohnliste für Zeugdrucker fällt weg.
Die Akkordsätze sind unter Mitwirkung der gesetzl. Betriebsvertretung so zu bemessen, daß Arbeiter durchschnittl. Leistungsfähigkeit den Zeitlohn plus 15 Prozent verdienen.

4. Den Vertragsparteien wird aufgegeben, eine tarifliche Lohnfestsetzung für Gummispulvererinnen zu vereinbaren.
5. In der Krefelder Baumwollspinnerei werden die Akkordrichtsätze und Zeitlöhne um 6 Prozent ermäßigt. Den Parteien wird aufgegeben, sofort über eine Umgruppierung der einzelnen Arbeitergruppen zueinander in Verhandlungen einzutreten mit der Maßgabe, daß sich an der in Satz 1 ausgesprochenen Ermäßigung grundsätzlich und insgesamt nichts ändert.
6. Der neue Gesamtlohnvertrag tritt in Kraft mit der Lohnwoche, die am Freitag, dem 13. Februar 1931, ausgesetzt wird. Er ist erstmalig zum 15. August 1931 kündbar. Erklärungsfrist bis 11. Februar 1931, mittags 12 Uhr.

Schiedspruch für Nordbayern

Nach ergebnislosen Einigungsverhandlungen fällt der stellvertretende Landesschlichter für Nordbayern in Nürnberg für die nordbayerische Textilindustrie einen Schiedspruch, der die Zeitlöhne in der Spitze von 61 auf 60 herabsetzt. Die Zeitlohnzuschläge werden durch den Schiedspruch um 2 Prozent, die Akkorddurchschnittslöhne und die Akkordstundenzulage um 5 Prozent herabgesetzt. Die neuen Löhne sollen erstmalig ab 2. Januar 1932 kündbar sein. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch als ungenügend abgelehnt. Nachdem es ihnen in zweitägigen Verhandlungen nicht möglich war, eine höhere Lohnreduzierung durchzuführen, haben sie das Schiedsgericht verlassen, so daß sich der Schlichter genötigt sah, mit den Stimmen der Arbeitnehmer den Schiedspruch zu fällen. Unter Hinweis auf den „ungenügenden“ Lohnabbau, den der Schiedspruch vorsieht, haben zahlreiche Betriebe in der nordbayerischen Textilindustrie ihrer Arbeiterschaft durch Anschlag bekanntgegeben, daß mit sofortiger Inkrafttreten eine zehnprozentige Reduzierung der gesamten Tariflöhne durchgeführt werde. Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit diesem willkürlichen Lohnabbau nicht einverstanden sind, würden die Kündigung erhalten.

Von Seiten der Gewerkschaften ist dem Schiedspruch zugestimmt und seine Verbindlichkeitsklärung beantragt worden.

Der Aufruf zu den Betriebsratswahlen in Oberbruch

Es ist, seitdem die Sozialisten in Oberbruch die Herrschaft verloren haben, bereits eine Selbstverständlichkeit geworden, daß sie in jedem Jahre, kurz vor den Betriebsratswahlen, die Öffentlichkeit auf sich lenken. Sie scheuen sich nicht, dabei die üblichsten Mittel, die jedem anständigen Menschen widerstreben, anzuwenden. Zur Zeit ihrer Herrschaft hat man nie davon vernommen. Sie hatten ja auch nichts, womit sie tönen konnten, und sie können auch heute noch nicht den kleinsten Beweis ihrer Tüchtigkeit aufweisen.

Die Sozialisten von Oberbruch sind nicht anders als wie sie überall sind, das haben sie in der letzten Zeit zu deutlich bewiesen. Anstatt Taten zu zeigen, ergehen sie sich in Lügen und Verleumdungen. Rücksichtslos, aus rein parteipolitischen Gründen, nehmen sie Menschen, die sich für die Arbeiterschaft einsetzen, die sie in Notzeiten selbst für sich in Anspruch nahmen, Ehre und guten Namen.

Das Heinsberger Tageblatt, das sozialistische Organ für Heinsberg und Umgegend, brachte in der letzten Zeit Artikel, in denen unser Kollege Pilates, Vorl. des Arbeiterrates der Vereinigten Glanzstoffwerke in Oberbruch, in der gemeinsten Weise beschimpft wurde. Pilates ist weiter der politische Führer der Heinsberger Gegend unserer Richtung; auch das ist den Genossen ein Dorn im Auge. Sie wissen, daß er das Volk hinter sich hat, und deshalb muß er beschmutzt werden. Durch seine Tüchtigkeit sehen sie sich immer mehr verblissen, ihr Häuflein schrumpft immer mehr zusammen. Deshalb muß Pilates fallen, weil sie glauben, daß mit ihm die Bewegung fällt.

Wenn man bedenkt, daß im vorigen Jahre nach der Betriebsratswahl, die für die Sozialisten so unglücklich ausfiel, der Genosse Haus sagte, er sähe ein, daß das Betriebsratsbüro mit legalen Mitteln nicht mehr zu stürmen sei, deshalb würden sie illegale Mittel anwenden, dann weiß man warum der Kampf geht, und was man von den Menschen, die ihn führen, zu halten hat. Man fragt: „Warum denn dieser Kampf überhaupt?“ Bis vor fünf Jahren stand das Verhältnis im Betriebsrat 13:5 zu Gunsten der Roten. Die Roten haben dann derart abgewirtschaftet, daß sie nur noch ein einziges Mitglied im Betriebsrat haben. Daß diese nun versuchen, ihre Machtposition wieder zu erreichen, ist ganz klar. Wir verurteilen das nicht, nur verurteilen wir die Art, auf die sie das versuchen. Um Pilates politisch, und somit auch gewerkschaftlich zu stürzen, will man ihm nun nachweisen, daß er hehertüchtig, in der die Geistlichkeit, politische und wirtschaftliche Behörden und die Leitung der Glanzstoffwerke durch den Rot gezogen wurden, geschrieben haben soll. Zur Bekräftigung wird als Kronzeuge ein Herr Gansweid angeführt, der zu jeder Zeit bereit sei, dies vor Gericht zu bezeugen. Die Sozialisten hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die großartige Form ihrer Hehertüchtigkeit, die dicken und klingenden Worte, die sie gebrauchen, lassen das Volk aufhorchen. Auch in Oberbruch hat die Angelegenheit viel Staub aufgewirbelt, aber ebenso schnell hat sich dieser Staub wieder gelegt, als der Herr Gansweid sich schriftlich und in einer großen Kündigung der christlichen Gewerkschaften an die Öffentlichkeit mit folgender Erklärung wandte:

Erklärung.

Ich erkläre hiermit vor aller Öffentlichkeit, daß ich nicht in der Lage bin, etwas zu bezeugen, was das Heinsberger Tageblatt in der Nr. 14 und 18 1931 dem Obmann Pilates in Sachen kommunistischer Artikel vorgeworfen hat.

Weiter erkläre ich, daß das „Heinsberger Tageblatt“ meinen Namen als Zeugen in dieser Angelegenheit mißbraucht hat, da das Tageblatt von mir keine Ermächtigung dazu hatte.

Dremmen, den 29. Jan. 1931.

Josef Gansweid, Dremmen.

Da den Roten nun die Felle weggeschwommen sind, versucht man natürlich die Dinge auf den Kopf zu stellen. Man wundert sich wirklich über die Spitzfindigkeit der Sozis.

Unser Zeichen unser Bekenntnis

Der Monat Januar war ganz unter dem Gedanken der Werbearbeit eingestellt. Artikel in unserer Zeitung leiteten die Arbeit ein. Viele haben mitgeschafft, und sehr viel guter Wille setzte ein. Manches ist erreicht worden. Es war nicht immer leicht. Aber, was im Werbemonat nicht erreicht wurde, ist Aufgabe der kommenden Zeit. Unsere wichtigste Arbeit schließt nicht mit dem Monat ab. Sie geht darüber hinaus. Es ist wohl das Gegebene, auch jetzt noch einige Gedanken darüber anzuknüpfen.

Werben, Mitglieder werben, ist lebensnotwendig für das Wirken unseres Verbandes. Ueberall klang es in den Berichten durch, das Wissen um diese Notwendigkeit. Auch der Frage „Erfassung der Jugend“ wurde manches Wort geredet. Etwas vergessen wir nicht:

Wenn der junge Mensch, den wir werbend gesucht haben, zu uns kommt, dann lassen wir ihn nicht nur einfach mitlaufen. Wir müssen ihm bewußt werden lassen, daß er zu uns gehört. Er muß es spüren, tief und innerlich, was wir sind und was wir wollen. Wissen um Ziel, Richtung und Mitverantwortung muß ihm eigen sein. Die Gruppe bietet die Möglichkeit zu dieser Werbearbeit. Voraussetzung ist aber, daß in uns selber eine große Beredtheit liegt, daß wir begeistert können für unsere Idee, für die Mitarbeit. Jeden einzelnen der Gruppe, auch den Neuen, muß die Mitarbeit nicht nur Pflicht, sondern Recht sein, an der gemeinsamen Verantwortung teilzunehmen. Eine Gruppe, von solchem Geiste getragen, wirkt schon durch ihr Dasein. Sie ist Leben und ist Bewegung und trägt auch ihre Sprache an Augenstehende. Da kann z. B. das Tragen unseres Abzeichens laut und deutlich reden. Es ist einmal Ausweis meiner Zugehörigkeit. Ich bekenne mich offen als lebendiges Glied meines Verbandes, dessen Ziele meine Ziele, dessen Aufgaben meine Auf-

Ein staatsgefährdender Schiedsspruch

Am 31. Januar fällt der Schlichtungsausschuß Kaiserlautern im Lohnstreit der „Textilindustrie für die Rheinpfalz“ sinngemäß nachstehenden Schiedsspruch:

1. Der alte Lohnstarif vom 30. 4. 28 wird wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß der Ecklohn von 68 auf 60 Pfg. pro Stunde ermäßigt wird.
2. Die Akkordstücklöhne müssen neu geregelt werden, und zwar auf der Grundlage des neufestgesetzten Ecklohns von 60 Pfg.
3. Diese Regelung gilt bis 31. 7. 1931 mit monatlicher Kündigungsgfrist.

Durch diesen Schiedsspruch wird der Arbeiterschaft ein Abbau der Tariflöhne von 11,8 Prozent zugemutet. Der Abbau wird für die Akkordarbeiterschaft insofern noch empfindlicher, als in dem Schiedsspruch zum Ausdruck kommt, daß die Akkordstücklöhne neu geregelt werden müssen. In den Verhandlungen selbst hatten die Arbeitgeber durch statistisches Material nachgewiesen, daß die Tuchweber der Pfalz einen Akkordstundenverdienst bis zu 1,10 Mk. erreichen. Sicherlich konnten diese Verdienste nur durch angestrengte, fleißige Arbeit erreicht werden. Die pfälzischen Akkordarbeiter haben ihr letztes hergegeben, nunmehr erfolgt hierfür die Strafe.

Gemäß III des Lohnabkommens vom 30. April 1928 liegt der höchste Facharbeiterlohn 15 Prozent über dem Lohn des Normalstundenlohnes. Bei einer Neuerrrechnung der Akkordstücklöhne sollen in Zukunft die Weber also 60 Pfg. plus 15 Prozent gleich 69 Pfg. verdienen. Durch die Neuregelung des Schiedsspruches vom 31. Januar ergibt sich für die Weber die Ermäßigung ihrer bisherigen Verdienste bis zu 37 Prozent.

Dieser Schiedsspruch steht einzig da in der bisherigen Tarifbewegung. Allenthalben hat man sich bemüht, die Akkordstücklöhne nur um den Prozentsatz zu senken, um den auch die Tariflöhne gesenkt sind, um die Arbeitsfreudigkeit der Akkordarbeiter und damit die Leistungsfähigkeit der Textilindustrie nicht zu unterbinden.

Es lohnt hier nicht, den vorangegangenen Streit um die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses zu behandeln. Nur eins darf dazu gesagt sein. In der Geschichte des deutschen Tarifwesens ist es bisher nicht üblich gewesen, einen Schlichtungsausschuß noch vor dem Scheitern der Parteiverhandlungen anzurufen. Die Arbeitgeber der Rheinpfalz haben diesen ordnungsmäßigen Weg verlassen und haben bereits einen Tag vor Scheitern der Parteiverhandlungen sich den Schlichtungsausschuß Kaiserlautern durch Anruf gesichert, weil ihnen der Vorsitzende die beste Gewähr zur Erfüllung ihrer Forderungen bot. Das Verhalten des Vorsitzenden hat den Arbeitgebern recht gegeben. Niemals hat sich der Vorsitzende eines Schlichtungsausschusses so unfähig erwiesen, bei Tarifstreitigkeiten Hilfe zu leisten, wie der derzeitige Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Kaiserlautern. Er hat überhaupt nicht versucht, die Parteien auf einer tragbaren Grundlage zu einer Ver-

ständigung zu bringen. Er betrachtete diese ganze Schlichtungsverhandlung als eine Gerichtsverhandlung, in der er Richter spielte.

Ob die Arbeiterschaft sich in Zukunft einen derartigen Vorsighenden gefallen lassen kann, ist fraglich.

Dieser Schiedsspruch wirkt geradezu staatsgefährdend. In der Textilarbeiterschaft der Pfalz wird eine Beunruhigung und Verbitterung hineingetragen, die geeignet ist, die pfälzischen Arbeiter dem Volksemissarismus in die Arme zu treiben. Bedenkt man, daß auch derselbe Vorsitzende des Schlichtungsausschusses für die Stein- und Metallindustrie Schiedssprüche mit ähnlicher und noch empfindlicher Auswirkung gefällt hat, dann kommt man zu der Auffassung, daß es sich hier um eine systematische Katastrophopolitik handelt. Mit Hilfe des Schlichtungsausschusses Kaiserlautern soll die pfälzische Arbeiterschaft in staatsfeindliche Handlungen hineingezwungen werden, um dann auf Grund dieser Handlungen eine schon längst herbeigesehnte Diktatur herbeizuführen. Diese unsere Ansicht wird bestärkt durch einen Artikel, den die „Pfälzische Volkszeitung“ am Samstag, dem 31. Januar, in ihrer Nummer 30 gebracht hat. Darin heißt es:

„Wie weit sich eine solche falsche Lohn- und Industriepolitik auswirkt, zeigt ja gerade die Konsumunmöglichkeit der breiten Bevölkerung; Konsumwille und Bedarf an Ware ist mehr als vorhanden, es fehlt aber, durch die Lohnsenkung hervorgerufen, die effektive Kaufkraft. Auf der anderen Seite sollte einmal überlegt werden, wieviel an einem beliebigen Produkt der Lohn im Verhältnis zum Material und zu den durch die übergroße Anlage notwendigen Unkostenzuschlägen ausmacht. Dann erst wäre es möglich, von zu hohen verteuerten Löhnen zu sprechen. So aber ist der Lohnabbau nur ein Vorwand für die wirklichen, politischen Motive der Arbeitgebererschaft, eine gedrückte, zu allem willige Masse zu schaffen, die Gewerkschaften zu erschüttern, eine Reservarmee hungerriger Arbeitsklaven zu schaffen.“

Die pfälzische Arbeiterschaft steht vor einer sehr wichtigen Entscheidung. Sie wird mit Ruhe und Ueberlegung die Mittel herausfinden, die ihr zur Abwendung solcher Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen notwendig erscheinen. Diejenigen Kreise, die da hoffen, die pfälzische Arbeiterschaft zu unbefonnenen Handlungen verleiten zu können, irren sich. Sie wird sich auch durch solche Schiedssprüche nicht zu unbedachten politischen Handlungen hinreiß lassen.

Ein großer Vorwurf trifft auch in diesem Falle wieder die Unorganisierten, in denen die Arbeitgeber ihre Helfertuppen zur Verschlechterung der Lebenslage der pfälzischen Arbeiter sehen. Sie stützen sich auf diese, weil sie in ihnen eine Reservemacht hungerriger Arbeitsklaven erblicken. Für unsere Mitglieder erwächst aus der ganzen Sachlage heraus die Pflicht, nun erst recht für die Stärkung unseres Verbandes zu sorgen. J. M.

Das ist sozialistische Kampfmethode: „Lüge nur feste drauflos, es wird schon etwas hängen bleiben.“ Ob man mit dieser demunzierenden Art Menschen fangen, die öffentliche Meinung für sich gewinnen kann, ist eine andere Frage. Anscheinend glauben die Sozialisten, die Oberbrucher Arbeiterschaft hätte die Interessenvertretung nach sozialistischer Art vergessen. Wir kennen diese Anbiederung, haben aber nicht vergessen, daß die Sozialisten vor fünf Jahren die Arbeiterschaft vom Glanzstoffwerk Oberbruch verraten hat. Heute versucht man, einen Menschen, der gerade in dieser schweren Zeit Großes für die Arbeiterschaft getan hat, mit den gemeinsten Mitteln zu stürzen. Selbst die sozialistische Arbeiterschaft müßte diese erfolgreiche Tätigkeit anerkennen. Es sei hier nur an einen Fall Jansen erinnert, der dem Kollegen Pilates Dank zollte, während er seinen eigenen Kollegen moralische Ohrfeigen erteilte. Die Sozialisten möchten doch einmal sagen, wie sie das Vertrauen,

das sie von der Arbeiterschaft fordern, begründen wollen. Die Vergangenheit ist gerade nicht vertrauens-erweckend, und wegen ihrer Tüchtigkeit sind sie auch nicht von 13 Mitgliedern im Betriebsrat auf eins heruntergerutscht. Man sehe doch einmal die Brüder an, die sich heute schon als Betriebsrat wohnen -- von ihnen ist wirklich kein Heil für die Arbeiterschaft zu erwarten.

Die Oberbrucher Arbeiterschaft wird den Räder, den man ihr vorsetzt, nicht anrühren, er riecht noch zu sehr nach der Vergangenheit. Die Oberbrucher Arbeiterschaft, von der man sagt, sie sei indifferent, urteilt schon richtig. Nicht diejenigen, die am meisten schreien und deren Größe in Gemeinheiten liegt, sind die Heilbringer der Arbeiterschaft, sondern die, die praktische Arbeit leisten, deren Leben und Vergangenheit auch wirkliche, ehrliebe Interessenvertretung verbürgt. Danach wird die Oberbrucher Arbeiterschaft auch bei der kommenden Betriebsratswahl handeln.

gaben sind.“ Trägt nun eine ganze Gruppe oder viele das Abzeichen, so liefert das den Beweis für die Stärke und die Lebendigkeit dieser Idee, die im Abzeichen dargestellt wird. Somit tragen wir unsere Gedanken an die anderen heran. Sie werden aufmerksam und auf unsere Sprache hinhorchen.

An uns liegt, ob das Zeichen Sprache und verstanden wird. Uns selber aber soll es stete Mahnung an unsere Aufgaben sein. Wir tragen tiefe und große Verantwortung.

H. Heister.

Industrie

Das werde ich nie vergessen: wie ich die Industrie in ihrer gewaltigen Wucht kennen lernte. Damals war ich noch ein kleiner Junge. Es war im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Hochöfen ließen den Himmel in einem weithin leuchtenden Rot erstrahlen. Geschäftige Menschen standen furchtlos diesen Riesen gegenüber. Erfüllten ihre Pflicht. Das machte schon damals auf mich einen gewaltigen Eindruck. Seit dieser Zeit bin ich von der Frage „Industrie“ nie mehr recht losgekommen. Immer steht mir wieder das Bild der gewaltigen Hochöfen vor Augen.

Die Industrie ist zu einer der schicksalvollsten Mächte der Menschheit geworden. Sie drängt große Menschenmassen in den Städten zusammen: Wohnungsfrage, soziale Frage in ihrer ganzen Schwere. Sie verändert das Aussehen der Städte. Schuf die großen Mietskasernen. Heute ist die Industrie in Deutschland vorherrschend. Sie schneidet neue Ausdehnungsmöglichkeiten. Verastet sich in die verschiedensten Wirtschaftszweige. In all ihren verschiedensten Arten, und in ihr schafft der Arbeitsmenschen. Sieht sich diesen gewaltigen technischen Erzeugnissen gegenüber. Als er sie das erste Mal in seinem Lebensbereich eindringen sah, zertrümmerte er sie, weil er sie für eine Feindin hielt, die ihn aus seiner Stellung, aus seiner Arbeit verdrängen wollte.

In der Arbeiterrichtung wird die Industrie vielfach als übermächtiger Dämon abgelehnt. Aber andere dringender vor. Sie sehen in ihr eine Notwendigkeit, die

nie anerkennen. Sehen vor allem in der Maschine eine Helferin des Menschen, die seine sonst mühselige Arbeit erleichtern soll. So Heinrich Lersch, wenn er in der Maschine einen Kämpfer des Arbeiters erblickt:

„Doch mit der letzten pulsenden Kraft
Wollen wir ringen,
Und Not und Elend
Und Schmach und Leid bezwingen.
Du, meine Maschine,
Du und ich.“

Derjenige, der im Arbeiter den Menschen sieht, wird fordern, daß gerade ihm die technischen Neuerungen zugute kommen. Sinnlos eine Rationalisierung, die das verfehlt. Die den Arbeiter überbürdet, seine Gesundheit schädigt. Die Zahl der Unglücksfälle häuft sich infolge dieser Ueberbürdung. Das ist Verkehrung des richtigen Sinnes des technischen Fortschritts. Da der Mensch hier tatsächlich mehr Sklave wird. -- So er Herrscher sein sollte.

Industrie! Gewaltiges, beherrschendes Werk! Das Surren der Maschinen! Das Kreischen der Räder! Der Arbeiter kommt sich als unwesentlicher Bestandteil des Ganzen vor. Als kleines Schraubchen. Und doch ist dieses Schraubchen unbedingt notwendig für das Ganze. Darf nicht fehlen. Das Werk wird nur aus der Zusammenarbeit vieler. Jeder trägt zu seinem Teil zum Gelingen bei. Der Ingenieur ebenso wie der Arbeiter. -- Wenn die Bremsen das Blaue Band des Ozeans eroberet oder der Zeppelin das Luftmeer bestiegt, so ist das nicht nur ein Triumph der Technik, sondern auch ein Triumph der Arbeiterschaft. Ohne ihre sorgfältige Arbeit wäre er nicht möglich gewesen. So ist es überall. Auf allen Gebieten, wo für das Allgemeinwohl gearbeitet wird. In allen Industrien. In der Textilindustrie ebenso wie im Bergbau. Man könnte diese Reihe endlos fortsetzen.

Deutsche Industrie muß vorwärts! Nicht rückwärts. Muß dem Arbeitermenschen einen ausreichenden Lohn für sich und seine Familie geben. Technische Fortschritte sollen ihm helfen bei seiner Arbeit. Das ist ihr Sinn. Die Industrie soll der Allgemeinheit dienen. Nicht der Gewinn sucht einzelner. Dafür wollen wir kämpfen in unseren christlichen Gewerkschaften! ba.

Lohnabbau?

Während unsere Gelehrten und Wirtschaftsführer nicht müde werden, über die Lohn- und Preisfrage zu debattieren, spürt die Arbeiterschaft die „Lösung“ dieser Frage mit aller Schärfe. Man baut nicht nur die Löhne der höher entlohnerten Arbeiter ab, sondern sämtliche Lohnsätze, gleich ob sie einen Stundenlohn von 45 Pfg. oder 120 Pfg. vorsehen, werden rücksichtslos gekündigt. Und wenn man die Forderungen der Unternehmer ansieht, dann wird dem Arbeiter klar, daß hier der Geist des brutalen Kapitalismus am Werke ist. Kann es etwa als „vernunftgemäß“ und „wirtschaftsfördernd“ betrachtet werden, wenn die Löhne der sächsischen Textilarbeiter um 16 bis 80 Prozent gekürzt werden sollen? Muß sich nicht der Gerechtigkeitssinn eines ehrlichen Menschen bei solchen Forderungen empören? Sollte man in einem kultivierten Volke, wie wir es sein wollen, für möglich halten, daß man es wagt, solche Forderungen aufzustellen? Gemiß, auch wir haben Verständnis für die augenblickliche Lage. Wir wissen, daß keine Schicht bei der jetzigen Krise schadlos halten kann. Aber daß die Arbeiterschaft, die durch die anhaltende Krise ohnehin am Rande ihrer Existenz angelangt ist, nun auch noch einen Lohnabbau in einem derartigen Umfange tragen soll, dafür fehlt uns jedes Verständnis. Aber man findet es in vielen Kreisen — die durchaus nicht immer zum Unternehmertum gehören — ganz in der Ordnung, daß der Lohn abgebaut wird. Die Arbeiterschaft bildet, an der Zahl gerechnet, ja auch die größte Masse und insolgedessen bringt es ja auch mehr ein, wenn man ihm den Lohn schmälert.

Wenn unsere Wirtschaft tatsächlich am Rande des Abgrundes stände, so wird doch wohl kein Mensch allen Ernstes glauben, daß sie mit einem Lohnabbau wieder flott gemacht werden könne. Das müßte jeder Mittelständler eigentlich am besten wissen. Er mag noch so viel Waren anbieten, wenn die Arbeiterschaft sie nicht kaufen kann, wird er an seinem Vorrat ersticken. Aber es geht hier ja auch nicht um die Behebung der Wirtschaft in erster Linie. Denn sonst würde man schon zu anderen Mitteln gegriffen haben. Dann hätte man auch die Direktorengelöhner und Aufsichtsratsmitglieder schon abgebaut. Es geht hier viel mehr um ein Prinzip, nämlich um den Aufstieg der Arbeiterschaft. Den will man verhindern. Denn man weiß: wenn die Arbeiterschaft nach der materiellen Seite Luft bekommt, dann wird man von seinen Privilegien was einbüßen müssen. Und das will man nicht. Das sollte die Arbeiterschaft erkennen. In dieser Erkenntnis sollte sie den Kampf führen. Rücksichtslos soll sie kämpfen gegen den Geist des Kapitalismus. Hier darf es kein Kompromiß geben, wenn wir unsere Idee verwirklichen wollen! Man sehe sich die anderen Schichten des Volkes an, und man wird feststellen, daß keine Schicht in ihren Forderungen so zurückhaltend ist wie gerade die Arbeiterschaft. Wir wollen nicht sagen, daß die Forderungen der anderen Schichten alle unbegründet wären. Sicher bedarf die Landwirtschaft der Hilfe des Staates. Auch dem Mittelstand und den Beamten wollen wir eine standesgemäße Lebenshaltung gönnen. Aber diese Stände sollen auch verstehen, daß die Arbeiterschaft ebenfalls auf eine standesgemäße Lebenshaltung Anspruch hat. W. T.

Was man der Textilarbeiterchaft zumutet

Auch in Württemberg grassiert z. Zt. das Lohnabbau-fieber. Nachdem ungefähr zwei Jahre kein Tarifvertrag bestanden hat, haben es die Unternehmer und ihre Herren Syndizis leicht gehabt, betriebsweise die Löhne zu „regulieren“, da eine unorganisierte Belegschaft zu keinem Widerstand fähig war. Jetzt allerdings scheint auch die schwäbische Textilarbeiterchaft aufzuwachen, da ihr seitens des Unternehmertums die Augen mit Gewalt geöffnet werden. In den meisten Betrieben macht man kurzerhand durch Anschlag bekannt, daß die Löhne um 10 und mehr Prozent gekürzt werden. In wenigen Betrieben hört man den Betriebsrat noch, d. h. man macht ihm von dem Abbau Mitteilung, ohne sich um dessen Meinung zu kümmern. Es sei hier ein ganz besonderer Fall angeführt:

In Hechingen/Hohenzollern, das zum württembergischen Tarifbezirk gehört, wurden in einem Betriebe die Löhne auch „reguliert“. Nachdem die letzte Lohn-erhöhung im Jahre 1928 der unorganisierten Belegschaft vorenthalten wurde, ging man seit einem halben Jahre daran, weitere Abzüge zu machen. Im Sommer l. J. wurden 13,5 Prozent gekürzt, im Dezember weitere 18 Prozent und ab 12. Januar d. J. sollten noch einmal 10 Prozent abgebaut werden. Dies ist innerhalb eines halben Jahres eine Kürzung von 41,5 Prozent. Nach Meinung der Syndizis sind aber diese Löhne immerhin noch hoch genug für einen Arbeiter.

Bei den Verhandlungen im Betriebsrat, bei denen auch einer der Herren Syndizis aus Stuttgart anwesend war, wurden seitens des Betriebsrates Einwendungen gegen eine weitere Kürzung der Löhne geltend gemacht. Da die Belegschaft schon längere Zeit nur noch drei Tage arbeiter, könne kein weiterer Lohnabzug mehr gemacht werden. Der Syndikus aber erklärte dem Betriebsrat, daß er eine tschechische sechs-köpfige Familie kenne, die mit einem Jahresverdienst von 480,- M. auskomme, folglich könne die Arbeiterschaft des Betriebes auch mit weniger auskommen, und der Abzug werde vorgenommen.

Dahin geht also die Reise. Tschechische Verhältnisse legt man als Maßstab an, um die Lebensnotwendigkeiten eines deutschen Arbeiters abschätzen zu können. Ausgerechnet Leute tun dies, die in 14 Tagen mehr als die 480,- M. verdienen, die man dem Textilarbeiter gnädigst im Jahre zugestehen will und mit denen er dann Miete, Kleider, Nahrung, Wohnung, Heizmaterial usw. bestreiten soll. Daß er als Mensch auch noch andere Ansprüche an das Leben stellt, betrachtet man als überflüssigen Luxus, der scheinbar nur für die Herren Syndizis vorhanden ist.

Sachsen braucht Arbeit!

Unter dieser Devise stand die am 23. Januar in Chemnitz abgehaltene außerordentliche Industriellentagung. Die Anwesenheit des Reichskanzlers gab dieser Tagung eine besondere Bedeutung. Wir groß die Not in Sachsen ist, geht aus folgenden Feststellungen Geh. Dr. Riens hervor: Auf einem Quadratkilometer wohnen in Sachsen 353 Menschen, auf dem gleichen Flächenraum im Reich nur 127.

Sachsen hat 35 Prozent aller deutschen Textilarbeiter, 13,4 Prozent der Arbeiter der Maschinenindustrie, 21 Prozent des photographischen Gewerbes usw.

Sachsens Industrie ist in großem Maße auf Ausfuhr angewiesen. Die Erschwerungen der Ausfuhr haben sich daher in besonders hohem Maße in Sachsen geltend gemacht.

Am Schlusse des Jahres 1930 waren 39 Prozent der sächsischen Industriearbeiter erwerbslos, 550 000 suchten Arbeit unter einer Bevölkerung von rund 5 Millionen. Etwa 2 Millionen Menschen von 5 Millionen leben in Sachsen von der öffentlichen Fürsorge.

Auch in anderen Teilen des Deutschen Reiches lastet infolge der Wirtschaftskrise starker Druck. So groß wie die Not in Sachsen ist sie nirgendwo im Reich.

Die Vorschläge zur Behebung der Wirtschaftskrise sehen die Industriellen Sachsens in Senkung der Tributlasten, in stärkerer Berücksichtigung von Reichsaufträgen, Steuerlenkung und Erleichterung in fruchtlicher Beziehung und — wie nicht anders zu erwarten war — in Senkung der zu „hohen Löhne“ und der Soziallasten.

Poensgen, von den Vereinigten Stahlwerken Düsseldorf (neben diesem waren noch viele andere Industrielle, u. a. auch Frohwein, aus dem Reich zur Sachsentagung erschienen), behauptet: das A und O der Arbeitslosigkeit in Deutschland sei der Eingriff der Behörden in die Betriebsführung. Als Beispiel führt er an, daß in englischen Bergbaubetrieben 20 Minuten länger vor Ort gearbeitet werden könne als in Deutschland. Diese 20 Minuten längere Arbeitszeit ermöglichen den Engländern, die Kohle billiger als deutsche Kohle den Rhein hinauf bis nach Mannheim zu verkaufen. Herr Poensgen täuscht bewusst die Öffentlichkeit, ihm ist bekannt, daß der englische Kohlenbergbau technisch nicht so auf der Höhe ist, wie der deutsche, daß durch Rationalisierung pro Stunde und Hauer mehr Kohlen in Deutschland gefördert werden, als es in England der Fall ist. Weiter forderte Poensgen Freiheit des Tarifwesens und bekämpfte die Notverordnung und das Schlichtungswesen.

Sachsen braucht Arbeit! Darüber sind sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber klar. Nur nicht über die Wege, die

Textilarbeiter, mache endlich Schluß mit der Gleichgültigkeit und zeige diesen Leuten, daß du dir eine solche Behandlung nicht mehr gefallen läßt! Fasse endlich wieder den Mut und komm zu deiner Organisation, die in der Lage ist, diesen Herrngelächtern etwas Abbruch zu tun.

Eine Jugendführer- und -führerinnenkonferenz in Coesfeld

Die erste westfälische Jugendführer- und führerinnenkonferenz für das Winterhalbjahr 1930/31 fand am 11. Januar in Coesfeld statt. Es hatten sich die Leiter und Leiterinnen der Jugendgruppen aus den vier Geschäftskreisen Bocholt, Stadlohn, Ahaus und Dülmen versammelt. Das Thema: „Neuzeitliche Methoden der Jugendführung“, das die Kollegin Anna Heister behandelte, war recht angebracht. In allen Gruppenveranstaltungen müsse das der Jugend Eigene, ihr Jungsein zum Ausdruck kommen. Unsere Jugend soll sich nicht ins Althergebrachte zwingen lassen. Sie will ihr eigenes Leben leben. Sie wird es gut leben, wenn sie richtig geführt wird. Heranbildung eines geeigneten Führertums sei darum die Aufgabe. Ein solches müsse allmählich aus der Jugend selbst herauswachsen. Aus ihr gelte es Menschen heranzubilden, die unsere Jugend richtig zu führen wissen. Der Erreichung dieses Zieles dienten unsere gewerkschaftlichen Führerkurse.

Die Referentin gab dann wertvolle Anregungen für die Jugendbehandlung und Jugendgerinnung. Sie zeigte, wie man durch verständende Hilfsbereitschaft im Betrieb sich das Vertrauen der Jugend zu erwerben, sie zu belehren und zu beeinflussen und schließlich für unsere Bewegung zu gewinnen vermöge. Notwendig sei dann ferner, die Jugend durch unsere Gruppenabende zu erfassen. Zu dem Zweck müsse etwas Anziehendes in unsere Gruppenarbeit gelegt werden. Es wurde dann ein Reihe von Möglichkeiten besprochen, die Gruppenabende so aufzuführen, daß sie ganz dem Jungsein entsprechen und doch einen belehrenden und erzieherischen Wert haben. Bei allen Veranstaltungen, gleich welcher Art, müsse ja immer das eigentliche Ziel unserer Jugendbewegung, die jungen Menschen in einer ihrem Eigenleben angepaßten Form mit den ernststen gewerkschaftlichen Arbeiten, Aufgaben und Zielen vertraut zu machen, Hauptzweck bleiben.

In der richtigen Ausgestaltung der Gruppenabende liege auch ein hoher, werbender Wert. Fühlen sich die Jugendlichen in ihrer Gruppe wohl, wird bei fester, aber verständnisvoller Führung Rücksicht auf ihre berechtigten Wünsche und Belange genommen, ist der Gruppenabend immer wieder ein Erlebnis, dann sprechen die Jugendlichen davon. Sie haben von selbst das Bestreben, andere Mitarbeiter und Arbeiterinnen zum Besuch der Gruppenabende zu veranlassen. Dadurch erweitert sich der Kreis der erfassenen Jugendlichen, es vermehrt sich auch der Nachwuchs für den Verband.

Das zweite Thema: „Ursachen der Arbeitslosigkeit und deren Auswirkungen für die Jugend“, behandelt von Verbandsjugendleiter Franz Fischer, war ebenso interessant und wichtig wie das erste. Die Massenarbeitslosigkeit steht ja vielen, vielen Menschen als unbegreifliche Tatsache vor Augen. Aufklärung über die wichtigsten Gründe, die sie verursacht ha-

zur Arbeitsbeschaffung führen. Es ist bedauerlich, daß die Industriellen, die sich gern als „Wirtschaftsführer“ bezeichnen, es so wenig sind, daß sie nur in der noch größeren Belastung des schon am meisten unter dieser Wirtschaftskrise leidenden Arbeiters Auswege sehen. Wittke, der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Industrieller, sagte wörtlich in seinem Schlusswort: „Die Massen müssen satt werden durch kapitalistische Wirtschaft, nachdem sie durch sozialistische Wirtschaft klug geworden seien.“ Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat noch nicht den Beweis erbracht, daß sie Menschen reiflos satt macht. Die Folgen der rein kapitalistischen Wirtschaft des vorigen Jahrhunderts machen sich in den Arbeiterfamilien des industriell entwickelten Sachsens heute noch schwer bemerkbar. Bei unsern sogenannten Wirtschaftsführern ist nicht nur ein Systemwechsel, sondern vor allem ein Gesinnungswechsel notwendig. Anna Fischer.

Eine Anregung und eine Frage.

Die unter Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers in Chemnitz durchgeführte bedeutungsvolle Unternehmer- und Arbeiterkonferenz war zweifellos geeignet, die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf die besonderen Nöte des sächsischen Wirtschaftsgebietes zu lenken. Das Echo wäre zweifellos noch stärker und die Erfolgsmöglichkeit noch größer, wenn die sächsische Unternehmerschaft es verstanden hätte, die sächsischen Arbeiter als Träger der Aktion mit heranzuziehen, denn es trifft ohne Zweifel zu, was der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Industrieller ausführte: „Arbeiternot ist Unternehmernot und umgekehrt“. Bedauerlich ist, daß diese Erkenntnis nicht zu den notwendigen Folgerungen geführt hat. Sächsische Unternehmer und Arbeiter in einer Front um die Linderung der Not des sächsischen Volkes, das wäre mehr, viel mehr gewesen als ein besonderer Notschreier sächsischer Produktionsmittelbesitzer. Wenn die sächsischen Unternehmer darauf verzichtet haben, eine gemeinsame Front herzustellen, dann müssen dafür wohl schwerwiegende Gründe maßgebend gewesen sein. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesverband Sachsen, der Vertreter von mehr als 100 000 christlich-nationalen sächsischen Angestellten und Arbeitern, ist der Auffassung, daß die Not Sachsens so groß ist, daß sie ein Zusammengehen aller verantwortungsbewussten Unternehmer- und Arbeitnehmerführer dringlich erfordert und daß der Verzicht der einen oder anderen Seite, der gemeinsamen Not durch stärkere Belastung des einen oder anderen Teiles zu entrinnen, von vornherein zum Scheitern verurteilt sein muß.

ben, ist also dringend erforderlich. Der Referent legte dar, daß die Ursachen der Wirtschaftskrise mannigfaltiger Art seien. Zum Teil seien es direkte und indirekte Auswirkungen des Weltkrieges, zum Teil lägen die Ursachen in neuerer Zeit. An solchen nannte er insbesondere die durch Betriebserweiterungen und Rationalisierung gesteigerte Gütererzeugung, das Absinken der Rohstoff- und Großhandelspreise, dem die Kleinhandelspreise nur zögernd folgten, Kapitalmangel und Reparationslasten und dergl. Dann wandte sich der Redner den Gefahren zu, die die Erwerbslosigkeit für die Jugend im Gefolge hat. Sie seien wirtschaftlicher, beruflicher, sittlicher und seelischer Art. Das wurde im einzelnen dargelegt. Dann schilderte der Referent die zur Verfügung stehenden Mittel und Wege, diese Gefahren einzudämmen. Dabei hob er besonders jene Aufgaben hervor, die den Jugendgruppen selbst erwachsen. Die Durchführung dieser Aufgaben müsse getragen sein von tiefem Verständnis für die Not der erwerbslosen Jugend und von dem ehrlichen Willen, ihr in dieser Not helfend zur Seite zu stehen.

Bemerkt sei noch, daß beide Referate in Arbeitsgemeinschaft behandelt wurden. Allen Teilnehmern war dadurch reichlich Möglichkeit zur Aussprache gegeben, von der auch rege Gebrauch gemacht wurde. Die Konferenz trug wesentlich dazu bei, den Gruppenleitungen neue, wertvolle Anregungen für ihre Gruppenarbeit zu vermitteln.

Aus der Arbeiterinnenbewegung

Keuenhicken. Als junge Arbeiterinnen wollen wir nicht außerhalb der Bewegung stehen. Wir nehmen teil an dem Kampf um das soziale Recht unseres Standes. Wir kämpfen ihn fest und treu und lassen uns nicht von der Woge der Masse beren, die großem abseits stehen, mitreißen. Wohl aber haben wir das Bedürfnis, zuweilen einmal für kurze Zeit aus der Unruhe, dem Räderwerk und der grauen Not zu flüchten in die Welt der stillen Feiertage. Nicht, als ob sie uns vergessen machen soll, was uns täglich umgibt, uns Arbeit und Pflicht ist. Sie soll uns nur klar und bewußt werden lassen, in welcher Lebensgemeinschaft wir zu Mensch und Dingen stehen. Unsere Weihnachtsfeier hat uns so das Bild unserer Arbeit in der Fabrik und an der Maschine gezeigt, vertraut und wirklich, aber im Lichte der christlichen Liebe und Bereitschaft. Weihnachtsbaum und Tannengrün schmückten unser Zimmerchen. Das Weihnachtsfest war längst vorüber. Aber uns umgab das träumende Flackern der Christbaumkerzen und ließ wieder in uns den hellen Klang der Weihnachtsfreuden klingen. Im Mittelpunkt unserer Feiertage aber stand die Krippe. Die Krippe mit dem Christkind. Ihm sangen wir unsere Lieder, erlebten seine Menschwerdung und freuten uns seiner Geburt. Wie eine stille Melodie nahmen wir das Geheimnis der Krippe in uns auf. Es veränderte uns die Liebe zu unseren Mitmenschen. Die kleine Erzählung, die wir lasen, war dem Leben angepaßt. Sie erzählte von der Not und dem Leid eines Menschenkindes, welches vergeblich bei den Menschen Liebe und Verstehen suchte. Alles eilt, hastet und jagt seinen Geschäften nach. Bei der Krippe findet es die verstehenden Augen christlicher Liebe und Opferbereitschaft, lernt selber die Freude, die im Opfer und im freudigen Geben liegt, kennen. Auch in uns lebte diese Freude, als wir zum Schluß der Feiertage einander die Geschenke austauschten. Ein lauter Ruf der Freude und der Ueberraschung schwingt immer wieder durch den Raum. — Wir dankten uns unwiderrücklich im Geben und Nehmen.

Des Bäumchens Lichter sind erloschen. Aber uns ist etwas von dem Leuchten geblieben. Es bindet uns fester an unsere Gruppe und gibt uns größere Lebenserfüllung in der Arbeit.

